

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

107 (9.5.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556099](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556099)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pfg., bei Zeitbestellung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfzigste Spalte ober dem Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven u. Umgebung, sowie der Rühringen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Briefliche Anfragen aus kleineren als der Druckzeitung gefügt werden, so werden sie auch nach erster Erwiderung. Bestimmung 60 Pfg.

25. Jahrgang.

Rühringen, Dienstag den 9. Mai 1911.

Nr. 107.

Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstags.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fort. Vom kam mit dem ersten Buch, das die allgemeinen Vorschriften enthält, zu Ende und begann trotz zahlreicher Rufe nach Vertagung noch mit dem zweiten Buch, das die Krankenversicherung enthält. Etwas weniger worüber, als tags zuvor waren es, wenigstens in den ersten Stunden der Sitzung, die Vertreter der Reichstagsparteien; aber je weiter man in der Beratung fortging, desto mehr wurde der Arbeitstakt wieder zum Tempobetakt. Am Regierungstisch war man nicht ganz so klaglos wie am Freitag; hin und wieder sprach dieser und jener Geheimrat. Einiges, wenn auch gewöhnlich nicht sehr Erhebliches. Wieder wurden alle Verbesserungsanträge, die von unserer Fraktion gestellt wurden, so die Anträge zu Gunsten der ausländischen Arbeiter, der Hausgewerbetreibenden, der Kleinrentner, abgelehnt; es war bezeichnend, daß der schärfste Mann aus der konstitutionellen Partei, Herr Dr. Pfeiffer, überging ein der anständigen Mitglieder der Mehrheit, die Vordrängung der Kommissionierung zu und vertrießte auf die dritte Lesung. Als man nun sehr wichtigen Paragraphen von einem sehr zusammengekauften Hause erledigen wollte, verlor Herr Dr. Pfeiffer das Spiel, indem er die Beschlußfähigkeit bewies. Auch das wüßte und ohrenzerstörende Häuten konnte an diesem sonntäglichen Beschlußunfähigkeit zuzuführen nichts ändern. — Der unanfechtbare Aufgab, der Zustimmungsmehrheit gegenüber unsere Aufgabe zu verteidigen, lagen die Herren Hildebrand, Busch, Hoch, Wollenburg, Stern, Fink, Schmidt-Berlin, Albrecht, Brühne und in einer sehr bemerkenswerten Jungferne Herr Dr. Pfeiffer ab. — Heute Montag Fortsetzung.

Welche Arbeit die Reichstagsmehrheit bisher geleistet hat, sei nachfolgend angedeutet:

In zwei Sitzungen hat der Reichstag das ganze Erste Buch mit seinen 176 Paragraphen und außerdem noch einige Bestimmungen des zweiten Buches erledigt.

In dem ersten Buche handelt es sich um die gemeinsamen Bestimmungen, von denen die folgenden die wichtigsten sind:

Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger, also zu den Vorständen und Ausschüssen der Krankenkassen, der Hausgewerbetreibenden und der Invalidenversicherungsgesellschaften sind nur volljährige Deutsche. — Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß auch Ausländer als Arbeiterrentner gewählt werden können.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die höchste Instanz in Verwaltungssachen ist die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium). — Die Sozialdemokraten beantragten, daß dafür als eine unabhängige Behörde das Reichsversicherungsamt gesetzt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Das Versicherungsamt wird als eine Abteilung der unteren Verwaltungsbehörde, also der Polizei, errichtet. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß es eine selbstständige Behörde werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde, also ein Magistratsrat in der Stadt und der Landrat auf dem Lande, ist der Vorsitzende des Versicherungsamtes. — Die Sozialdemokraten wollten eine möglichst unabhängige Person zum Vorsitzenden des Versicherungsamtes machen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

(Konfession, Zentr., Wirtsch., Vereinig. und Nationalliberale.) Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes können auch ausgebildete Offiziere gemacht werden. — Die Sozialdemokraten wollten dies verhindern, indem sie für den Fall die Zustimmung der Versicherungsträger beantragten.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Vertreter der Arbeiter bei den Versicherungsbehörden, also beim Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt, werden durch ein indirektes Wahlverfahren gewählt. — Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach der Verhältniswahl.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die indirekte Wahl erfolgt durch die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Vertreter der Arbeiter nur von solchen Vorstandsmitgliedern gewählt werden, die von den Arbeitern selbst gewählt worden sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die indirekte Wahl findet von den Vorständen aller Klassen zusammen statt. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Wahl von den Vorständen der einzelnen Klassen getrennt erfolgt, damit nicht die frei gewählten Arbeitervertreter von den anderen sogenannten Arbeitervertretern bei der Gesamtwahl überstimmt werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Wählbar als Vertreter der Versicherten in den Versicherungsbehörden sind nur Männer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch Frauen wählbar seien.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Kosten der Versicherungsämter, die bei einer gemeindlichen Behörde errichtet werden, tragen die Gemeinden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Kosten dem Staate auferlegt werden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Nach die Oberversicherungsämter können an höhere Staatsbehörden angegliedert werden. — Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Oberversicherungsämter als selbstständige Behörden errichtet werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für gewisse Betriebsgruppen des Reichs, der Bundesstaaten, für Bergwerke usw. können besondere Oberversicherungsämter errichtet werden. — Die Sozialdemokraten forderten die Beilegung der besonderen Oberversicherungsämter.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Von den Mitgliedern des Oberversicherungsamtes ist nur der Direktor auf Lebenszeit, oder nach Landesrecht unwiderruflich anzustellen. — Die Sozialdemokraten verlangten die Anstellung auf Lebenszeit oder die unwiderrufliche Anstellung für alle Mitglieder des Oberversicherungsamtes.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Bei der Festsetzung des ordentlichen Tagesentgelts gewöhnlicher Angearbeiteter (Ortslohn) sind, so beantragten die Sozialdemokraten, die Ausschüsse der Gewerbevereine, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zu hören.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrag sollte als Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 3 Mk. und für weibliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 2 Mk. festgesetzt werden dürfen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für ausländische Arbeiter, die in Deutschland beschäftigt werden, sollen unter Umständen noch geringere Rechte gelten, als für die Inländer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß für Angehörige der Staaten, in denen deutsche Reichsangehörige in Bezug auf die Arbeiterversicherung nicht ungünstiger als die Inländer gestellt sind, während ihres Aufenthalts im Reichsgebiete dieselben Bestimmungen der R.V.O. gelten, als für die Inländer.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen begründet keine Versicherungspflicht. Die Sozialdemokraten forderten, daß auch die Frauen der Kleinrentner usw., die in dem Betriebe ihres Mannes beschäftigt, versichert werden sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Als Hausgewerbetreibende im Sinne der R.V.O. sollen nur die Hausgewerbetreibenden gelten, die in ihren eigenen Betriebsstätten arbeiten. — Die Sozialdemokraten verlangten die Ausdehnung der Versicherung auch auf Hausgewerbetreibende, die in fremden Betriebsstätten arbeiten.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

In der Krankenversicherung sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die kleinen Unternehmer. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle selbständigen Gewerbetreibenden, deren Jahreseinkommen weniger als 5000 Mk. beträgt.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die Angestellten, die einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2000 Mk. haben. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 5000 Mk.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Endlich sind vom Versicherungszwange ausgeschlossen

diejenigen Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von weniger als 2000 Mk., die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben. — Die Sozialdemokraten forderten, daß alle Angestellten mit einem so geringen Einkommen versicherungspflichtig sein sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Kommission hatte den Vorschlag der Regierung gefürchtet, daß der Bundesrat oder der Gemeindevorstand die Versicherungspflicht auf bestimmte Gewerbetreibende oder deren Familienangehörige ausdehnen darf. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmungen des Entwurfs wieder herzustellen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Wer ein wenig sozialpolitisches Gefühl besitzt und nicht ganz und gar in Arbeiterhass verborstet ist, der muß diese reaktionäre Leistung der Reichstagsmehrheit auf's schärfste verurteilen und der muß die Lüttung hierfür am nächsten Wahltag geben.

Politische Rundschau.

Rühringen, 8. Mai.

Der Zustand der Halattisten.

Erklärungen über die Handhabung des Enteignungs-gesetzes, die der preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer am Sonnabend in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgegeben hat, haben in den Kreisen der alldeutschen Polenfreier einen Entrüstungsturm hervorgerufen. Herr v. Schorlemer hat erklärt, daß die Regierung die Enteignung als die ultima ratio betrachte, das heißt als allerhöchste Maßnahme, zu der sie nicht greife, solange eine andere übrig bleibe und zu deren Anwendung sie sich auch von keiner Seite drängen lassen werde. Der Minister wandte sich dann auch scharf gegen den halattistischen Osmarkverein und versicherte, daß er auf dessen Mitarbeit verzichte.

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ des zurechtgewiesenen alldeutschen Vereins, findet, daß sich die preussische Regierung durch Herrn v. Schorlemer gegen das Enteignungsgesetz ausgesprochen hat und wendet sich sehr scharf gegen das offizielle Wolff'sche Bureau, das über die entscheidenden Vorgänge in der Kommission wieder einmal einen grob entstellten Bericht gebracht habe. Richtig ist, daß der Wolff-Bericht das Gegenteil von dem sagt, was in privaten Berichten zu lesen ist. Nach diesen ist anzunehmen, daß der Landwirtschaftsminister das totale Fiasco der Enteignungspolitik ziemlich unumwunden zugegeben hat.

Wenn übrigens heute so getan wird, als sei der Entschluß der Regierung, das Enteignungsgesetz nicht anzuwenden, etwas ganz Neues und Unerhörtes, und als habe sich die Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg damit in Gegensatz zum Kaiser Willen gestellt, so sei darauf hingewiesen, daß schon vor dem Zustandekommen des Gesetzes eine richtige Darstellung des Sachverhalts in der sozialdemokratischen Presse gegeben worden ist. Schon Kaiser Willen hat die Zustimmung des Herrenhauses zum Enteignungsgesetz nur dadurch zu erreichen vermocht, daß er versprochen, das Gesetz nicht anzuwenden. Man erspäre sich die drohende offene Niederlage und begnüge sich mit einer heimlichen Verzichtserklärung, auf deren Einhaltung man umso sicherer rechnen konnte, als bei einer eventuellen Anwendung des Enteignungsgesetzes bedeutende landesfremde Interessen in Frage standen. Die Entzückung der Halattisten kommt also etwas spät.

Gesetz betr. den Patentschutz.

Die 22. Kommission des Reichstages ist mit der ersten Beratung des Gesetzes in drei Sitzungen fertig geworden. Es herrscht über den Zweck des Gesetzes eine Einstimmigkeit unter allen Parteien; er geht dahin, den § 11 des bestehenden Patentsgesetzes umzuändern, daß die darin angeordnete Zurücknahme des Patents nach dreijährigem Bestehen umgewandelt wird in den Zwang, die Erfindung innerhalb dieser Frist auszuüben. Verweigert der Patentinhaber einem anderen, der ihm eine angemessene Vergütung oder Sicherheit leistet, die Benutzung der Erfindung und liegt die Benutzungserlaubnis im öffentlichen Interesse, dann kann dem Bewerber die Berechtigung zur Benutzung der Erfindung zugesprochen werden.

Etwas schwieriger wird schon die Sache durch die folgenden Absätze 2 und 3 des ersten Artikels:

Das Patent kann, soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen, zurückgenommen werden, wenn die Erfindung ausschließlich oder hauptsächlich außerhalb des Deutschen Reiches oder der Schutzgebiete ausgeübt wird.

Vor Ablauf von drei Jahren seit der Bekanntmachung der Erteilung des Patents kann eine Entschädigung nach

Abt. 1, 3, 2 gegen den Patentinhaber nicht getroffen werden.

Gerichtsurteil durch Anträge des Abg. v. Camp-Massauen entsteht eine längere laizistische Auseinandersetzung über die Möglichkeit, in den im Vertragsverhältnis mit Deutschland stehenden Ländern mit der Retorsions-Masse einen für die deutsche Industrie vorteilhaften Einfluß zu erzielen. Die Camp-Massauen-Anträge wurden durch einen solchen der Liberalen, Dr. Jund und Genossen, im Sinne der Vertreter des Reichs- amtes des Innern kommentiert; die Vertretung des Auswärtigen Amtes bezweifelte, daß mit diesem Versuch gegen äußere seltene Fälle rechtlich etwas zu erreichen ist; es könnten dagegen reelle Rechtsgeschäfte zu unserem Schaden betroffen werden. — Dr. Jund zog seine Anträge zurück; sie wurden aber vom Abg. v. Camp wieder aufgenommen und mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen. Mit derselben Mehrheit kam dann der also abgeänderte Art. I der Regierungsvorlage zustande. Art. 2 und 3 sind ohne Debatte beibehalten worden.

Ein Cyper deutscher Ansehlichkeit.

In Berlin hat sich dieser Tage der russische Student Demetrius Dubrowsky erhoben, weil ihm die Aufnahme an die Berliner Universität von der Hochschulebehörde auf Befehl der Polizei verweigert worden war. Dubrowsky, der Mathematik und Physik studierte, kam aus Jena nach Berlin, um hier seine Studien fortzusetzen. Daß er hierbei auf Hindernisse stoßen würde, konnte er nicht ahnen, da seine Papiere in tadelloser Ordnung waren und ein Zeugniszeugnis der Berliner Universität noch obendrein ihm sein Wohnverhältnis ausdrücklich bescheinigte. „Gegen den Besuch von Vorlesungen an einer ausländischen Universität“, heißt es in diesem Zeugnis, „liegen seitens der Petersburger Universität keine Hindernisse vor.“ Aber die preussischen Universitätsbehörden verfahren bei der Aufnahme russischer Studenten nicht nach den Wünschen der russischen Konsulate, sondern nach den Befehlen der russischen Kriminalpolizei, und dieser skandalöse Zustand ist es, der dem armen Dubrowsky das junge Leben kostete.

Nach zehn Tagen des Wartens erfuhr der russische Student vom Berliner Universitätsrichter Daube, daß „auf Grund der über seine Person eingezogenen Erkundigungen“ seine Aufnahme an der Berliner Hochschule abgelehnt worden sei. Als Dubrowsky diesen Bescheid erhielt, äußerte er zu seinen Mitbewohnern: „Jetzt ist es aus mit mir!“ Er zog sich auf sein Zimmer zurück und wenige Minuten später erfolgte der verhängnisvolle Schuß.

Dubrowsky soll „politisch verdächtig“ gewesen sein. Warum weiß kein Mensch. Vielleicht liegt eine Personenverwechslung vor, vielleicht auch hat irgend ein Schuft im Dienst des Zaren seinen Eifer beweisen wollen, indem er einen politisch Verdächtigen fand, wo niemand sonst ihn vermutete. Aber man sollte wirklich den Fall, daß Dubrowsky Anschuldigungen bestritten hätte, die dem jetzigen russischen Regierungssystem nicht entsprechen. Kann das für eine Universität, die etwas als sogenannte nationale Würde hält, ein Grund sein, einen so stigmatisierten Menschen die Tür ihrer Schule zu verschließen, ihn der Berufswelt zu überliefern, ihn womöglich in den Tod zu hängen? Nein! Deutsche Ansehlichkeit, deutsche Liebesliebe vor dem Zaren hat dieses junge Menschenleben auf dem Gewissen!

Das System, das dem jungen Dubrowsky das Leben kostete, ist nicht neu. Es besteht seit vielen Jahren, es ist aus Anlaß des Königsberger Geheimbundprojekts im Jahre 1904 Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, es hat dann trotz der allgemeinen Verurteilung, die es erfuhr, im Stillen weiter gewirkt, bis es jetzt wieder pöblich zu einer Katastrophe führte und dadurch alle Welt erinnerte, daß dieser Schandfleck noch immer nicht getilgt ist.

Die preussischen Universitätsbehörden empfangen ihre Weisungen von der politischen Polizei, die selber wieder nichts anderes als das ausführende Organ der russischen Kriminalpolizei ist. So entsteht — eine Spezialität auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts — ein deutsch-russischer Instanzenzug, bei dem irgend ein russischer Spion die höchste entscheidende, der preussische Universitätsdirektor die unterste vollziehende Instanz ist. Der gegenwärtige Rektor der Berliner Universität, Herr Prof. Rubner, hat mit der ganzen Ratsversammlung des Reiches ein Schreiben an den Kaiser geschrieben, in dem er die Unmöglichkeit eines weisenden Geheimes eines Auswärtigen des „Berl. Tagebl.“ gegenüber diesen ganzen schmachvollen Zuständen klargestellt.

„Wenn es sich um die Immatrikulation von Ausländern handelt“, so plauderte der Rektor, „dann sind wir verpflichtet, falls wir uns mit dem Minister nicht in Konflikt setzen wollen, diese Aufgaben mit ein paar hinweisenden Worten der Kriminalpolizei mitzuteilen. Nach acht bis vierzehn Tagen kommt der Bescheid der Kriminalpolizei, die sich inzwischen bei der Regierung des betreffenden Staates erkundigt hat, zurück. Entweder ist gegen die Immatrikulation nichts einzuwenden oder die Kriminalpolizei sagt Nein, weil der Student politisch verdächtig ist oder aber die nötigen Substitutionsmittel nicht beiliegt. Wir können dabei weiter nichts tun. . . . Die Polizei teilt uns übrigens bei den als politisch verdächtig bezeichneten keine näheren Einzelheiten mit, da es sich um geheime Affen handelt.“

Die Universitätsbehörde erzählt also garnicht einmal, warum sie dem Gedächtnis den Weg zu einer bürgerlichen Existenz versperrten soll. Sie bleibt der blinde Handlanger einer höheren Gewalt und handelt, ohne nach den Gründen zu fragen, wie irgend ein Spion und Demagog von der Gasse des Zaren ihr befehlt. Sie muß schweigen und dienen, wenn sie nicht — entsetzlicher Gedanke! — mit dem Herrn Minister in Konflikt geraten will.

Der Zar hat sich seine preussischen Minister gut gezogen und die Herren Professoren tanzen an der Stirnpe der Minister. Und diese Leute, die sich in die schimpflichste Abhängigkeit einer fremden barbarischen Macht begeben, haben dann noch den Mut, von nationaler Ehre zu reden!

Deutsches Reich

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurden auch am Sonnabend bei der Fortsetzung der Beratung der Sekundär-

bahnvorlage nur lokale Wünsche vorgebracht. — Die Debatte wird heute Montag fortgesetzt.

Die Bedenken der Agrarier (Schwinden). Die „Deutsche Tageszeitung“ beginnt sich mit dem schwebelichen Handelsvertrag allmählich auszuzeichnen. Sie hat nämlich entdeckt, daß die Zollfreiheit für Milch und Rahm sich nur auf entfeimte und deponierte Milch bezog. Rahm bezieht. Für die anders beschaffene Milch hat eine Bindung der Zollfreiheit nicht stattgefunden. Wie das agrarische Blatt erklärt, fällt damit eines seiner Bedenken gegen den Handelsvertrag weg und die Agrarier werden vermutlich bei der Beratung einen Zoll auf Milch und Rahm beantragen, um dann späterhin den gleichen Zoll auch gegen andere Staaten durchsetzen zu können.

Die Abwehr der tschechischen Regierung. Die tschechische Regierung veröffentlicht im nichtamtlichen Teil des Dresdener Journals eine Erklärung gegen die Arbeiter, die sie beschuldigen, der Sozialdemokratie in letzter Zeit insbesondere anlässlich der Konferenz für die Gemeindefürsorge sowie anlässlich der Waisenzug zu weit entgegen gekommen zu sein. Sie erinnert daran, daß sie durch die Nichtbefestigung der sozialdemokratischen Gemeindevorstände bis in die letzte Zeit, sowie durch die Verhinderung der Heimatbehaltsausstellungen auf der hygienischen Ausstellung bewiesen habe, daß derartige Vorwürfe unberechtigt seien. Was aber die Konferenz angeht, so sei es notwendig gewesen, ohne Rücksicht auf politische Gesinnung Vertreter des praktischen Lebens zur Beratung hinzuzuziehen.

Christliche Ausreden. „Wer sich entschuldigt, der flucht sich an.“ Dieses Wort gilt für die zahlreichen Zentrumsverfammlungen, die jetzt abgehalten werden, um das Verhalten der ultramontanen Partei in der Frage der Selbstverwaltung der Krankenkassen vor den Arbeitern zu beschuldigen. Auch in Berlin hat jetzt eine solche Versammlung stattgefunden, die vom Verband der katholischen Arbeitervereine einberufen war, natürlich unter sorgfältigem Ausschluß der sozialdemokratischen Opposition und jeder Opposition überhaupt. Nach einem Referat des Abg. Felscher wurde eine „Diskussion“ abgehalten, zu der nur zuvorigen geflehte Redner zugelassen wurden und dann eine Resolution angenommen, in der es über die Frage der Selbstverwaltung heißt: „Die Bestimmungen über die Wahl des Vorstehenden und die Anstellung der Beamten der Ortskrankenkassen erkennen die Versammlung als eine unabweisbare Notwendigkeit gegenüber der beabsichtigten Gewaltübernahme der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen an.“ Ganz abgesehen davon, daß hier die schmutzige Schammascheide der „sozialdemokratischen Gewaltübernahme“ kritisiert in die Resolution eingetragen worden ist, muß es schon als eine Schande bezeichnet werden, wenn Arbeiter und wäre es auch nur ein kleines Häuflein, sich bereit finden lassen, diese angebliche sozialdemokratische Gewaltübernahme nach reaktionären Rezepten zu bekämpfen. Bekämpfe eine solche „Gewaltübernahme“ wirklich, so gäbe es kein besseres Heilmittel gegen sie als der freie Ausbau der Selbstverwaltung, die Aufstellung der Ratsmitglieder, die den Vorstand zu wählen haben, die schärfste Kritik der Vorstandstätigkeit durch die Mitglieder, die ja in der Ratsverwaltung an ihrem eigenen Leibe erfahren, was ihnen nützt und was ihren Interessen schädlich ist.

Das Zentrum will aber nicht die Macht der Ratsmitglieder vermindern, sondern es will diese Macht im Gegenteil auf das Empfindlichste für den zugunsten der Arbeitgeber und einer reaktionären Bürokratie! Es fürchtet alles von der „Gewaltübernahme“ der Arbeiter, die aber ihre eigenen Interessen nach eigenem Ermessen frei entscheiden, es fürchtet nicht das mindeste von einer Gewaltübernahme der Kapitalisten und Bürokraten. Vor dem „Terrorismus der Sozialdemokratie“ flüchtet es zur Freiheit des industriellen Schammascheides und der preussischen Polizei!

Der Waisenzug. In Glogau. Tatarennachrichten über den Sozialdemokraten bei der Waisenzug in Glogau verdrängen sich. Die Waisenzug werden von der reaktionären „Niederschlesischen Zeitung“ veröffentlicht und werden auch wohl scheinlich recht bald ihren Weg in die Reichsberndtspresse finden. Danach soll bei einem anlässlich der Waisenzug veranstalteten Ausflug in die Umgebung von Glogau ein Besucher von Ausflüglern mit einem Schlagring in unerwarteter Weise mißhandelt worden sein. Eine Pöbelhölle hat an dem betreffenden Tage im Orte stattgefunden, weil Ausflügler von dem Besitzer und einigen Ruchlosen schwer geizt worden waren. Aber es war an dem Tage keine von der Partei arrangierte Waisenzug, sondern einer der gewöhnlichen Sonntagsausflüge, die mit der Waisenzug der Sozialdemokraten nicht das geringste zu tun haben. Die Sozialdemokraten von Glogau begingen ihre Waisenzug einen vollen Tag nach den Exzellen und diese verließ in würdiger Weise. Also für diesmal ist es wieder nichts mit den außerordentlich „rohen“ Ausschreitungen der Genossen am 1. Mai.“

Sommerprogramm Wilhelms II. Der Kaiser ist von Korfu direkt nach Karlsruhe gereist, für den Mai steht sein Reiseprogramm bereits fest. Vom 10. bis 14. Juni ist er in Döberitz und beschäftigt die Kavallerie des Garde-Corps, dann reist er zur Jagd nach Ostpreußen. Von dort geht er nach Danzig, am 19. und 20. Juni beteiligt er sich an den Segelregatten auf der Unterelbe, dann fährt er zur Kieler Woche. Von dort aus tritt er seine Nordlandreise an. Anfang August kehrt er zurück und hält dann Paraden in Altona, Hamburg, Malmö, Stettin und Swinemünde; dazwischen hält er sich nach in Wilhelmshöhe auf; im September finden dann die über den Waiwander statt. Im Oktober werden auch noch die Regierungsgeschäfte besorgt. Die Kurier sind fortgesetzt unterwegs, um Affen nach dem jeweiligen Aufnahmestort zu bringen und die vollzogenen Affenstücke wieder mitzunehmen. Einige vortragende Affen sind außerdem stets mit unterwegs. Man sieht: Das Regieren ist zwar nicht schwer, aber etwas umständlich.

Russen erregende Mitteilungen über des Kaisers Güter in Radwin macht die „Vossische Zeitung“. Ihr wird vom 4. d. Mts. aus Rom berichtet: Während der Kaiser gestern nachmittag in Genua von der Jagd „Fischgallen“ zum Eisenbahnzuge sich begab, wurde ihm von einem Unbekannten ein verschlossenes Schriftstück von der Jagd geworfen. Laut Mitteilung der „Tribuna“ war es eine Denkschrift der Herren Arthur Bismarck, des ehemaligen Bismarck der Güter Radwin, Reichsgraf, Scharenberg und Kiedelhof, die gegen die Schenkung an den Kaiser Einspruch erhoben, weil Bismarck nicht versorgungsfähig gewesen sei. Einige der Herren sind in Genua wohlhabende Italiener. Angeblich haben sie nicht anders an den Kaiser herantraten können.

Aus den deutschen Kolonien.

Kleine Aktien für Kiautschou. Der letzte Fall, daß die Regierung eine in der laufenden Session vom Reichstage abgelehnte Vorlage noch einmal einbringt, ist mit dem Gesetzentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien für Kiautschou eingetreten. Nach deutschem Recht können Aktien nur auf den Betrag von mindestens 1000 Mk. ausgegeben werden. Die Vorlage will nun, daß für Kiautschou und für die asiatischen Konsulargerichtsbezirke diese Summe auf 200 Mk. herabgesetzt werden soll. Das wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß auch nach englischem Recht kleine Aktien ausgegeben werden dürfen. Die Regierung behauptet nun, daß in den in Frage kommenden Gebieten das deutsche Kapital unter englischen Einfluß gedrängt werde, denn um kleine Aktien ausgeben zu können, stellen sich deutsche Geschäftskonten unter englisches Recht. Bei den Chinesen werden dadurch aber die Anschauungen erreicht, als ob die Deutschen selber die englischen Rechtsansichten für besser hielten und ihre eigenen Vorurteile für unbegründet und veraltet anerkennen. Die Mehrheit des Reichstages gelangte aus zwei Gründen zu ihrem ablehnenden Votum: 1. befürchtete man, daß die Ausgabe von kleinen Aktien schließlich auch für das Schicksal des Reiches einschlägig werden könnten; 2. daß diese kleinen Aktien der Gegenwart einer wilden Spekulation unterworfen würden. Mittlerweile kamen aus Kiautschou und Ostasien Petitionen an den Reichstag, die der Petitionskommission überwiesen wurden und die Kommission beschloß, sie der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das hat die Regierung veranlaßt, den Gesetzentwurf noch einmal einzubringen. Ob mit besserem Erfolg, wird man abwarten müssen.

Preußen.

Meuterei der Lehren Offiziere. Infolge von Differenzen zwischen dem Parlament und Sepehdar so anstaltete das gekrönte Lehren Offizierskorps mit Ausnahme derjenigen der Kaiserliche eine Demonstration. Als veranlaßt Sepehdar, zum Regenten zu gehen und selber selbst in corpore im Schloß, wo der Unterstaatssekretär des Krieges und andere vor dem Regenten Vorstößen gegen das Parlament hielten und die rücksichtigen Gehälter so verlangten. Wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, würde man den Dienst verweigern. Sepehdar selbst reichte seine Demission ein. Der Regent nahm die Demission jedoch nicht an und verurteilte, die Offiziere und Militärbeamten zu bestrafen, indem er versprach, die Palamatsmitglieder zu sich zu befragen, mit ihnen die Lage zu besprechen und binnen 24 Stunden eine Antwort zu geben. Er bat die Demonstranten, sich bis dahin ruhig zu verhalten und in ihre Wohnungen und Kasernen heimzukehren. Sämtliche Bureaus des Innenministeriums sind geschlossen. Auch auf den anderen Ministerien sind die Arbeiten teilweise eingestellt. Die englische und der russische Gesandte sprachen heute im Palais vor, wo eine große Aufregung herrschte. Die Erregung der Offiziere ist darauf zurückzuführen, daß das Parlament in Beziehung der rücksichtigen Gehälter von den englischen Anleihe verweigert.

Kleine politische Nachrichten. In Strassburg streifte der Kaiserdenkmalsfeier die Studentenstadt, weil die günstige Lage angewiesen war. Schrecklich! — In der Umgebung in Rom wurde getrieben die „Ausstellung der Fremde“, die folgende Taten und historische Ereignisse enthält. — Der Kaiser, der „Bewußt“ behauptet, daß ein williger Traktament Leopolds II. vorhanden sei und will die Betrag angeben, der von dem König und dessen Orden dem Staat entzogen worden ist.

Soziales.

Nürnberg, 8. Mai.

Der Bürgerverein hat am Sonnabend im Mai seine Monatsversammlung ab. Beim Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Herr Johann Witten mit, daß er durch die veränderten Verhältnisse, in die er gekommen sei, sich veranlaßt fühle, sein Amt niederzulegen. Es entspreche nicht demokratischen Sitten, daß jenseits dessen Tätigkeit so wie seine der Kontrolle und der Kritik der Vereinsmitglieder und Gemeindeglieder unterliege, in Zeitung des Vereins in Händen habe. Die Versammlung würdigte diese Argumente und himmelte dem Witten p. Von einem Mitgliede wurde Herrn Witten der Dank für die Vereins für seine langjährige Tätigkeit als Leiter des Vereins und die Hoffnung ausgesprochen, daß er nach wie vor ein fleißiger Besucher der Vereinsversammlungen sein möge. An seiner Stelle wurde das Mitglied Rott gewählt. — Unter „kommunale Angelegenheiten“ war die vollzogene Stadterweiterung und die damit verbundene Umwälzung besprochen. Nachdem wurde die Verschmelzungfrage auf das Tages gebracht. Alle Redner waren der Meinung, daß das Band der Einheit aller Bürgervereine einmüßig mäßig, doch solle man sich vor einer Uniformierung und Zentralisierung gegen den Willen erheblicher Widerstände hüten. Der Umstand, daß einige der Bürgervereine mit Sterbefällen verbunden seien, einige nicht, machte die Verschmelzung schwieriger als manche annehmen. Vorzüglich sei man einig darin, daß die Vorstände der Bürgervereine regelmäßig zusammenkommen und alle kommunalen Fragen gemeinsam beraten. Dadurch sei ein Bindendes zwischen den Vereinen geschaffen und die Einheitlichkeit in den Aktionen möglich. Die Frage, ob die Bürgervereine

Sie kaufen vorteilhaft
im Schuhgeschäft

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Wadi-Kisan-Tee

feinste ostfriesische Mischungen.

1/4 Pfd.-Pakete mit Firma, Schutzmarke u. Verkaufspreis.

Import: Onno Behrends, Norden, (Ostfr.)

In den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich, wo nicht zu haben, werden Verkaufsstellen nachgewiesen, durch die

General-Vertretung: Gerhard Conring, Wilhelmshav.

Geschäfts-Übernahme.

habe am 1. Mai das

Zigarrengeschäft neben der Kaiserkrone

übernommen und bitte die geehrten Einwohner höflichst, mich
gütigst zu unterstützen. Hochachtungsvoll

Frau Hinrichs Wwe.

Tiarks med. Magenbitter
nach Vorschrift von Professor Dr. Gutzelt wird nur aus medizinischen
Räutern u. Wurzeln bereitet. Bester
Magenbitter, feinstes Restaurations-
mittel. Zu haben in den Wirtschaften,
Konsumverein u. Niederlage, Kauf-
mann Schulte, Südstrasse 67.

Sauerkohl

3 Pfund 20 Pfg.

J. H. Cassens,
Rüstringen, Peterstr. 42. u. Schaar.

Burg Hohenzollern.

Dienstag den 9. Mai
abends 8.15 Uhr:

Einmaliges Ensemble-Gastspiel
von Mitgliedern des
Bremer Stadttheaters
unter Leitung von Ober-
regisseur Carl Sick.

Der Herr Senator

Lustspiel in 3 Aufzügen
von Franz v. Schöthan
und Gustav Kadelburg.

Preise der Plätze:

Im Vorverkauf:

1. Parkett . . . 3.00 Mk.
Sperritz . . . 2.00 Mk.
Saal unten . . . 1.00 Mk.
Saal oben . . . 0.50 Mk.

An der Abendkasse:

1. Parkett . . . 3.25 Mk.
Sperritz . . . 2.50 Mk.
Saal unten . . . 1.50 Mk.
Saal oben . . . 0.60 Mk.

Karten im Vorverkauf
bei Gebr. Ladewigs, Roost.

Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen
Sie dieselbe reparieren bei

G. Märtens, Uhrmacher,
Heppens, Güterstraße 11,
gegenüber Sadewassers Tirol.

Empfehle mein großes
Lager in

Sohlenausschnitt

in prima Ware
zu den billigsten Preisen.

H. Siegemann, Warftstr. 29.
Hilale Annerstraße 6.

Leinölfarnis

pr. Pfund 65 Pf., 10 Pfund 6 Mk.

Terpentinöl

bestes, pr. Wd. 1.10 Mk.

Siffatij, 1 Pfd. 90 Pf.

J. H. Cassens

Schaar und Vant, Peterstr. 42.

Moderne

Haararbeiten

werden gut und preiswert ausgeführt.

:: Auffärben ::
verblühter Haarflechten, Unter-
lagen etc. in jeder Farbe.
Preis Mk. 1.25. Unter Garantie

M. Plückthun
Damen-Frisier-Geschäft
Warftstraße 5.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven.

Mittwoch den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
bei W. Salveland, Grenzstraße 38:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
2. Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse
und der Lohnbewegungen im Holzgewerbe.
Referent Kollege Otto Schulz aus Köln a. Rh.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Ausflug betreffend.
5. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, diese Versammlung
zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

Konsum- und Sparverein Unterweser

e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Wir ersuchen unsere Mitglieder

schon jetzt den Umtausch der kleinen Rück-
vergütungsmarken gegen 20 Mark-Tauschmarken
in den Verkaufsstellen vorzunehmen, um da-
durch am Schlusse des Geschäftsjahres . . .

den Andrang in den Verkaufsstellen zu vermeiden.

Der Vorstand.

Allgem. Konsumverein für Emden u. Umgeg.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Montag den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
im Hotel Bellevue:

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Anträge der Mitglieder (§ 29 des Statuts.)
4. Sonstiges.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Aufsichtsrat. G. Thien, Vorf.

Geburts-Anzeige.

Die Geburt eines kräftigen Töchterchens
zeigen hochehrfroh an

Wilhelm Hansen u. Frau
Christine, geb. Pauls.

Achtung! :: Fildverkauf

Dienstag früh 8 Uhr: Markt- und Konsumstraße und Heppens,
Güterstraße 4 (früher Krey'sche Fischhandlung), von 8 Uhr ab lebend-
frische Ware. Hochseinen Scheilisch, 2 bis 4 Pfd., 25 bis 30 Pf., mittel
20 bis 23 Pf., Bratfisch 15 Pf., Rotzungen 20 und 25 Pf.,
Räbenade 30 Pf., Seelachs, Rabejan 15 Pf., Amurhahn 15 Pf.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die
mir beim Hinscheiden meines lieben Mannes zugegangen
sind, sage hierdurch meinen tiefgefühlten Dank, da
es mir bei der grossen Anzahl der Beileidsbezeugungen
nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken.
Rüstringen, den 8. Mai 1911.

Frau Frieda Meyer, geb. Grashorn.

Sozialdemokr. Wahlverein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Donnerstag den 11. Mai 1911

abends 8 1/2 Uhr:

Vorstands-Sitzung

„Deutscher“

Metallarbeiter-Verband

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Mittwoch den 10. Mai 1911

abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Sitzung

in Sadewassers Tirol.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinseher

und Beengengenossen.

Dienstag den 9. Mai 1911

abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Schrön, Jadenburen.

Höflichstes Erscheinen notwendig

Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauereiarbeiter

Dienstag den 9. Mai 1911

abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Sadewassers Tirol.

Höflichstes Erscheinen notwendig

Der Vorstand.

Gewerkschaftsfest Brake

Zu unserm am 20. und 21.
Mai stattfindenden Feste sind
noch Plätze für Schenke,
Panorama und Schießbude zu
vergeben. Angebote baldigst
erbeten.

Die Platzkommission.

Gust. Müller, Klippstraße bei Brake

Sozialdem. Wahlverein

Nordenham.

Mittwoch den 10. Mai

abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

Monats-Versammlung

in Kohners Lokal.

Die Mitglieder werden einst-
pünktlich und zahlreich zu erscheinen
Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Hochzeitsfeierlichkeit Halle

ist mein Café am

Dienstag, den 9. Mai

geschlossen.

J. Müller, Werftstr. 5.

Danksagung.

Für die Glückwünsche und Ge-
schenke anlässlich unserer Hochzeit
sagen wir allen auf diesem Weg
unsern herzlichsten Dank.

G. Satthoff und Frau

geb. Kampen.

Todes-Anzeige.

Gestern vorm. 9 1/2 Uhr
starb nach kurzer heftiger Krank-
heit meine liebe Frau u. meines
Kindes treuversorgende Mutter

Frau Margarete Hoffe

geb. Müller

im Alter von 39 Jahren und
7 Monaten.

Dieses zeigt mit der Bitte um
stille Teilnahme tiefbetrübt an

Wilhelmshaven, 8. Mai 1911

Friede Hoffe nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Don-
nerstag nachm. 5 Uhr von der
Kapelle des neuen Friedhofes
aus statt.

Reichstag.

308. Sitzung. Köln Sonnabend, den 6. Mai, mittags 12 Uhr.
Am Bundeskanzler: Dr. Treßler.
Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

Es folgt die Beratung des § 169, der die Kosten der Versicherungsämter im allgemeinen dem Bundeshaushalt auferlegt, falls es aber bei einer anderen Verteilung der Kosten sich ergibt, so bei der Bundeshaushaltskommission. Die Bundeshaushaltskommission hat sich geäußert, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Abg. Gildenbrand (Soz.)

Erzählt einen Inhalt mit dem freigelegten Antrag überkommenden Antrag Abtrags. Die Versicherer haben ein hartes Interesse an der Ausdehnung der Versicherungsämter als ständige Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das Bundeshaushaltsamt (Bh.) beantragt, die letzte Verteilung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Lasten erwachsen würden. Ein Regierungsmassstab bildet im Hinblick des Abtrags.

Parteinachrichten.

Für „politisch“ erklärt! Der Berliner Volkspräsident hat eine neue Ordnungsgesetzgebung vorgelegt. Er hat den Arbeiterabgabeverein für „politisch“ erklärt. Der Vorstand ist folgende Verfügung gegangen: „Der Berliner Arbeiterabgabeverein (Mitglied des Berliner Arbeiterabgabevereins) ist als politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes anzusehen. Der Vorstand wird hierdurch verpflichtet, binnen 14 Tagen die Angaben sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes gemäß § 3 des genannten Gesetzes an mich einzureichen, gez. v. Jagow.“

Dieselbe Aktion ist gegen den Arbeiterabgabeverein nicht unternommen worden. Dieselbe Verein beabsichtigt natürlich den Befehl zu befehlen, sein eigenes Verzeichnis für die politische Tätigkeit beider Vereine vorzulegen. Der Zweck der Aktion ist natürlich sehr klar. Die Jugendabteilungen der beiden Vereine sollen zerstört werden. Die Angst vor der politischen Tätigkeit unserer Behörden des Vorgehen in Berlin, so wird es bald genug auf „die Provinz“ ausgedehnt werden.

Gewerkschaftliches.

Der dänische Gewerkschaftskongress tagte in der letzten Zeit in Kopenhagen. Die Gewerkschaftsbewegung hat stark zugenommen. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht wurde eine Resolution angenommen, die eine Verbesserung des Lebensumfelds an den verschiedenen Orten Dänemarks zum Ziel hat. Ferner beschloß der Kongress die Frage, ob eine gegenwärtig schon möglich ist, die vor einem Jahre errichtete Arbeiterhochschule, die bis jetzt nur Abendhochschule ist, in eine

nicht dieselbe Tätigkeit wie gegenüber anderen Klassenverbänden. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Der § 167 wird hierauf angenommen.

§ 161 handelt von der Befreiung des Crislofins.

Abg. Bress (Soz.):

trifft für einen Antrag ein, wonach bei der Festsetzung des Crislofins die Gewerkschaften berücksichtigt werden, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen gebildet werden sollen. Dies ist notwendig, damit der Crislofin nicht nur zum großen Teil auf demselben Wege.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Ruß § 162 soll der Crislofin einseitig nach dem Crislofin für den Rest jedes Versicherungsamtes festgelegt werden.

Abg. Bress (Soz.):

begründet einen Antrag, wonach der Crislofin für mündliche Personen unter 21 Jahren nicht weniger als 3 R. und für weibliche nicht weniger als 2 R. betragen darf. Es ist notwendig, solche Mindestsätze festzusetzen, weil sonst in verschiedenen Gegenden die Mindestsätze, die nach dem Crislofin betragen werden, viel zu niedrig werden würde. Es kommen Crislofinen von 1 R. pro Tag vor, und es wäre möglich, daß dann unter Umständen Krankenversicherungen von 50 Pf. pro Tag gebildet werden. Das wäre eine Katastrophe auf eine wirkliche Krankenversicherung. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bress (Soz.):

in Chprenen beträgt die durchschnittliche Krankenversicherung nur 48 Pf. pro Tag, in Schlesien nur 47 Pf., die durchschnittliche Tagelohn hier also im Durchschnitt noch geringer als 1 R. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.) Dabei tragen die Arbeiter keine Last, die Arbeitslosen (sicht so hoch, daß sie keine Arbeiter bekommen können. Aber wenn die Beiträge zur Krankenversicherung gebildet werden, dann müssen sie die Arbeitslosen ganz wegschicken. Denken Sie nur daran, was Sie und von den hohen Arbeitslosen bei den Arbeitslosen ergibt haben. Wenn nur die Hälfte davon hoch ist, sind die von uns beantragten Mindestsätze auch gerechtfertigt. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Abtrags wird abgelehnt.

§ 169 enthält den Bundeshaushalt, unter Zustimmung des Bundesrats mit solchen Konten, die eine der Reichsversicherungsordnung entsprechende Pflege durchzuführen haben, Vereinbarungen zur Pflege für die Arbeiter, unter Wahrung der Gegenleistung zu treffen.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß für Angehörige der Arbeiter, in deren Arbeitsverhältnisse in Bezug auf Arbeiterversicherung nicht ungenügend gestellt sind als die Arbeiter, die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ebenso gelten, wie für deutsche Reichsbürger.

Abg. Gue (Soz.):

zu einem anderen Maße werden in der Landwirtschaft und auch in der Industrie, z. B. im Ruhrgebiet, ausländische Arbeiter beschäftigt. Die Agenten, die diese Leute nach Deutschland locken, erzählen ihnen nicht, daß sie schlechter gestellt sind als inländische Arbeiter in Bezug auf die Arbeitslosen der Versicherung. Heute ist es ganz anders, was für Rechte eigentlich die ausländischen Arbeiter in Bezug auf die Versicherung bei uns genießen. Diesen unzulässigen Zustand soll unter Antrag ein Ende machen, der aus dem verbleibenden will, daß deutsche Arbeiter im Ausland durch unsere Verhältnisse geschützt werden. Wenn der Konventualist über diese Frage sich auswirkt, so werden wir nicht bestehen, schließlich bei der Beratung des Geld des Reichstags des Innern durch reiches Material die Unzulässigkeit der jetzigen Regelung nachzuweisen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

nach bei dieser Frage handelt es sich wieder um die Sonderverträge der öffentlichen Gewerkschaften, die Bundesanstalten von Arbeitern, namentlich aus Ausland, ins Land ziehen. Die Kommission des § 169 wird dem Bundesrat die Möglichkeit, die Versicherungsämter dieser Arbeiter auszuweiten. Derzeit der Bundesrat von dieser Verfügung allgemeinen Gebrauch zu machen oder will er nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit eintreten lassen. Eine Antwort ist dringend erwünscht. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Gasser: Die Arbeiter des Ausland, die den deutschen Arbeitern gegenüber dieselben Pflichten übernehmen, werden den Reichsbürgern gleichgestellt werden.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

Abg. Gue (Soz.):

Ausland wird hiermit alsdann eine besondere Verpflichtung übernommen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichstags.

des Innern geht also hervor, daß man die russischen Arbeiter von den Vorteilen der Versicherung auszuweichen beabsichtigt. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

Die Kommission hat sich so entschieden, daß hier in Deutschland bekanntlich die Polizeipolitik besteht, angeblich ländliche Arbeiter auszuweisen. Als Lösung wird in Zukunft mancher Arbeiter betrautet werden, der Einsprüche an die Krankenversicherung geltend macht. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Abtrags wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt, § 169 in der Kommission angenommen.

§ 171 bestimmt, daß die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen kein Versicherungsrecht begründet.

Die Abg. Gue (Soz.) und Bress (Soz.) beantragen einen Antrag Abtrags, diese Bestimmung zu streichen. Es liegt gar keine Veranlassung vor, die im Betriebe ihres Ehegatten beschäftigte Frau von der Versicherungspflicht auszuscheiden.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 174 bezeichnet als Hausgewerbetreibende in einem dieser Fälle die selbständigen Gewerbetreibenden, die in einem Verhältnis im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Ergebnisse herstellen oder bearbeiten.

Abg. Abtrags (Soz.):

beruft auf die ungenügende Definition des Begriffes Hausgewerbetreibende in der Kommissionssatzung und beantragte folgende Lösung: „Als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gewerbetreibenden, die in eigenen oder fremden Betrieben im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Ergebnisse herstellen oder bearbeiten, sowie herstellen oder bearbeiten lassen.“ — Die Begriffsbestimmung in der Kommissionssatzung schließt Hausmeister und Hausgehilfen aus und führt so zur Schädigung solcher in der Hausindustrie beschäftigter Arbeiter. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.

Abg. Gue (Soz.): Der Antrag Abtrags schließt einseitig die sehr ernüchterte Klarheit. Allerdings ist auch die Kommissionssatzung nicht sehr klar. Wir behalten uns vor, für die dritte Lesung eine bessere Formulierung vorzuschlagen.

Ministerialdirektor Gasser erklärt, daß das Reichsversicherungsamt jeden einzelnen zu seiner Entscheidung planmäßig kritischen soll, der die Stellung der Hausgewerbetreibenden betrifft, sorgfältig prüfen werde.

Abg. Abtrags (Soz.):

bittet nachfolgend um Annahme des sozialdemokratischen Antrags. Auf allen Heimarbeitertagen wird der Auf nach Ausdehnung der Versicherung auf die Gewerbetreibenden erhoben. Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des ersten Buches wird ebenfalls abgelehnt.

Es folgt das zweite Buch: Krankenversicherung.

§ 177 setzt die Höchstgrenze des Jahreseinkommens für die obligatorische Krankenversicherung wie bisher auf 5000 R. fest. Die Abg. Gue (Soz.) beantragen, diese Höchstgrenze auf 6000 R. zu erhöhen und die Versicherungspflicht auf die selbständigen Handwerker auszuweiten.

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gue (Soz.):

begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 R. ist von 27 Jahren bestanden worden. Seitdem ist der Gehalt stark gestiegen, und eine Summe von 5000 R. entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrags würden Sie auch den Privatangehörigen entgegenkommen. (Sicht wohl bei den Sozialdemokraten.)

geht daraus hervor, daß anschließend an die Innungsverammlung eine Besprechung der Wälderungs-Obermeister von der Provinz Schleswig-Holstein zur weiteren Beratung des Kriegesplanen und der Streitkräftezufuhr stattfand.

Für die Großbetriebe fordern die Arbeiter den Achtstundentag. Die kleinen kapitalistischen Unternehmer scheuen nun diese Kapitalisten insofern, als sie lieber die Unterhandlungen abbrechen und für die Greichen eintreten. Wir erleben also daselbst das Schauspiel, wie bei unzähligen Vorkämpfern: die Kleinhandwerker sind die Beschützer des Großkapitalismus, ihres eigenen Todesfeindes. Zugung von Bäckern und Konditoren nach Hamburg ist streng fernzuhalten!

Durch auffallende Inflation in der Provinzpreise werden Wälderungen zu höchsten Löhnen für Hamburg gesucht. Kein Wälderungsfalle feinen um bessere Arbeitsbedingungen ringenden Hamburger Kollegen in den Rücken! Zugung ist streng fernzuhalten!

Lothales.

Nähringen, 8. Mai.

Der Neue Neukendorfer Bürgerverein hielt am Sonnabend im Neukendorfer Hof seine Versammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, berichtete St. M. Andreas über die letzten Stadtratsverhandlungen, insbesondere über die Schulfrage. Er meinte, daß zum Bau der geplanten 16klassigen Schule wohl nur noch das Ausfindigwerden des Bauplatzes in Frage kommen könne, da die Schule so schnell wie möglich gebaut werden müsse. Es brauche hier nur die Straßenflucht im Bebauungsplan geändert und sofort könne hier mit dem Bau begonnen werden. Falls der Bau nicht außerordentlich beschleunigt wird, werde zu Mai 1912 eine große Schulkalamität eintreten. — Kritisiert wurde im weiteren die Zusammenkunft der Kommunalen des Stadtrats. — Eine außerordentliche Versammlung soll in diesem Monat noch stattfinden und sich mit Zentralisationsfragen, Geschäftsverteilung des Vorstandes, Sterbefälle usw. beschäftigen. — Gewünscht wurde schließlich noch, daß der Stadtrat von der Gründung einer Ortskrankenkasse für Nähringen Abstand nehmen und die Versicherungspflichten den bestehenden Ortskrankenkassen überweisen solle, um das Krankenwesen nicht noch mehr zu zersplittern.

Die Einweihung des Licht-Lustbades, welches der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde an der Bühlmannstraße, gegenüber der Siebelschule errichtet hat, fand gestern nachmittag bei herrlichem Frühlingswetter unter zahlreicher Beteiligung des Publikums statt. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Lehrer Correns, eröffnete den Festakt, indem er die Entstehungsgeschichte des Bades sowie den Zweck und Nutzen desselben schilderte und den anwesenden Vertretern der Naturheilbewegung und des Amtes Nähringen den Dank des Vereins für die tatkräftige Förderung des Werkes ablasste. Nach einem von einer jungen Dame gesprochenen Prolog betrat Herr Baums aus Oldenburg, Mitglied des Gruppenvorstandes, die Tribüne. In eindringlicher Rede gab er einen Rückblick, wie seit Gründung des Bades vor nunmehr 40 Jahren neben anderen sozialen Einrichtungen die Naturheilbewegung im Volke immer weitere Verbreitung gefunden habe und zeigte an dem Beispiel der Griechen im Altertum, welche gegenwärtigen Einflüsse Licht, Luft und Wasser, verbunden mit einer naturgemäßen Lebensweise, auf Körper und Geist des Menschen auszuüben vermögen. „Jugend zur Natur“ müsse auch heute noch die Losung sein, um uns widerstandsfähig zu erhalten in dem immer aufsteigenden werden Kampf ums Dasein. Er schloß mit einem Hoch auf die Vertreter und Förderer der Volksgeundheit, den Naturheilvereinen. Die sich anschließende Besichtigung der Anlagen zeigte allgemeine Anerkennung und Verehrung über die zweckentsprechende Einrichtung des Bades. Mit einem zwanglosen Beisammensein in Deden's „Röhlenhof“ endigte die Eröffnungsfeier, die sicher dazu beigetragen haben wird, der Sache der Naturheilkunde neue Freunde und Anhänger zuzuführen.

Ueber die Ursachen und Grundzüge der Rätterdäule im Mai werden sich die Gelehrten noch immer die Köpfe. Bei Feststellung der Rätterdäule im Mai hat man vor allem zu berücksichtigen, daß sie gewöhnlich nicht an bestimmte Termine, also auch nicht an den 11., 12. und 13. gebunden sind, sondern im Laufe der Jahre hin und her wandern, daß sie aber sehr häufig gerade auf die Tage der nach ihnen „Eisheilige“, „Eismänner“, „Drei gestrenge Herren“ genannten Heiligen fallen, mitunter Frost bringen, mitunter aber auch ganz unmerklich verlaufen. An der Tatsache der Rätterdäule im Mai ist nicht zu zweifeln, erregt es sich doch leider oft genug, daß die Temperatur-Depression bis unter den Gefrierpunkt herabgeht und der schon weit vorgeschrittenen Vegetation bedeutenden Schaden zufügt. Besonders gefährdet sind Felder und Kulturen auf hoch- und freigelegenen Stellen, an denen die Bodenausstrahlung stark wirken kann. Frühe treten im allgemeinen nur bei klarem Wetter ein, denn die Bewölkung hindert ihre Boden-ausstrahlung. Um zu erfahren, ob die Temperatur in der folgenden Nacht unter Null sinken wird, hat man sich eines sogenannten „trockenen Thermometers“ zu bedienen, d. h. eines Instruments, dessen Quecksilberkugel mit kalter Gaze umwickelt ist. Die Feuchtigkeit läßt nun die Gaze durch einen in ein unterhalb angebrachtes kleines Wassergefäß herabhängenden Zipfel aufsaugen. Zeigt nun das feuchte Thermometer am Mittage weniger, als 4,5° C. an, so ist mit großer Bestimmtheit Frost zu erwarten; bei 4,5° C. selbst sinkt nämlich die Temperatur auf 4°. Es sei hinzugefügt, daß ein trockenes Thermometer auf diesem Zwecke nicht zu gebrauchen ist, es zeigt unter den gleichen Verhältnissen stets höhere Temperaturen an, aus denen keine sicheren Schlüsse auf die Temperatur der kommenden Nacht zu ziehen sind. Angesichts bevorstehender Rätterdäule bietet sich dem Gärtner, wenn auch kaum dem Landmann, noch Zeit, wenigstens die wertvollsten Kulturen durch Ueberwerfen von geeignetem Material (Torfzweigen,

Stroh, Deden usw.) vor dem Erfrieren zu schützen. Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß Rätterdäule nicht allein an den drei „Eisheiligen“ zu erwarten sind, sie können vielmehr während des ganzen Mai vorkommen, ja sogar der Juni bringt fast stets sehr ausgeprägte Rätterdäule, die aber wegen der in diesem Monat schon zu hoch liegenden Temperatur nicht zu Frostereignissen führen.

Aus dem Lande.

Sortens, 8. Mai.

Der Bürgerverein Sortens hielt Sonnabend abend in Schütt's Wirtschaft zu Helmshöhe eine Versammlung ab. Als Mitglieder in den Verein aufgenommen wurden drei Herren. Unter Kommunikation wurde aus der letzten Gemeinderatsitzung berichtet. Der Bau einer Chaussee von Kedenhaußen bis zur Clevener Grenze wird bald in Angriff genommen. Die Stadt Jever wird dieselbe die Blumen-fahrt ausbauen. Die Gemeindefürer sind in diesem Jahre genau so hoch wie im letzten. Einpruch soll seitens des Gemeinderats dagegen erhoben werden, daß Kinder auswärtiger Gemeinden hier die Schulen besuchen. Für den Hauptlehrer Eden, der von hier verlegt ist, wurde Haupt-lehrer Rüdens in den Schulvorstand gewählt. Der Schul-plan für Kedenhaußen-Ribbesbüchel ist vom Oberschul-kollegium genehmigt. Beschlossen wurde ferner, das Sommer-fest am 11. Juni zu feiern. 120 Mk. wurden bewilligt, um Sachen zu kaufen, die auf dem Fest bei den Kinder-besuchungen an die Kinder der Vereinsmitglieder zur Ver-teilung gelangen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Vereinsabteilung anzulegen haben, andern-falls müßten sie Eintrittsgeld bezahlen. Karneval, Schlei-buden usw. sind auf dem Festplatze. — Unter Beschluß wurde vom Vorstand das Gerücht, daß bei der letzten Beerdigung Mitglieder, die an der Reihe waren, daran teilzunehmen, über-schlagen seien, zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit wurde noch besonders auf den § 12 des Statuts hingewiesen. Nachdem noch bestimmt worden, die nächste Versammlung wegen des Pfingstfestes schon am Sonnabend den 27. Mai beim Wirt Edu (Grüne Wäld) abzuhalten, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, für einen guten Versammlungsbesuch zu sorgen, die nur schwach besetzte Versammlung.

Jever, 8. Mai.

Die öffentlichen Impfungen in der Stadt Jever finden im Hotel zum schwarzen Adler wie folgt statt: 1. der Erstimpfungen, Jahrgang 1910, Mittwoch, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr. Nachschau der Erstimpfungen Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr. — 2. der Wäldchen, Jahrgang 1899 und Kleintanten früherer Jahre, Mittwoch, 17. Mai, nachmittags 4 Uhr. — 3. der Anaben, Jahrgang 1899 und Kleintanten früherer Jahre, Mittwoch, 17. Mai, nachmittags 5 Uhr. — Nachschau der Wäldchen: Mittwoch, 24. Mai, nachmittags 3 Uhr. — Nachschau der Anaben: Mittwoch, 24. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Varrel, 8. Mai.

Achtung, Gewerkschafter! Beschlossen hat das Kartell, die Gewerkschaften zur Teilnahme an dem am 21. Mai stattfindenden Gewerkschaftsfeste in Brate aufzufordern. Um die Zahl der Teilnehmer festzustellen, zirkulieren Listen, worauf aufmerksam gemacht wird.

Eine Gasexplosion erfolgte am Sonnabend in dem Hause des Kaufmanns Sturhahn an der Mühlenstraße. Als die Frau in einem Kamine Gasgeruch verspürte, betrat St. mit einem offenen Richte diesen Raum, um nach der Ursache zu forschen. St. erlitt schwerste Brandwunden. Vergebliche Sorge gemacht haben sich die Angehörigen des Dampfmaschinenbauers Harms in Jettel. Ohne irgendwelche Mittelungen zu machen, hat sich seine Kasse bis nach Hannover ausgebeutet. Jetzt ist er wieder zurück-gekehrt.

Oldenburg, 8. Mai.

Als national-liberaler Wahlzettelkandidat für den ersten Wahlkreis wurde, nachdem Dekonometrat Ocken zurück-getreten, Regierungsrat Dr. Söder aufgestellt. Man wird man sich jedenfalls auch bald umsehen müssen nach einem national-liberalen Kandidaten für den zweiten Wahl-kreis.

Nordenham, 8. Mai.

Der Soz. Wahlverein hält am Mittwoch abend 8 1/2 Uhr seine Monatsversammlung im Lokale des Herrn Kohnen ab, worauf die Mitglieder noch besonders aufmerksam ge-macht werden.

Brate, 8. Mai.

Einem Schindler sind, wie den „Nachrichten“ geschrieben wird, einige heilige Geschäfts- und Privatleute in die Hände gefallen. Er erschien hier vor einiger Zeit und bot abwasch-bare Herrenmäntel feil, wofür er einen besonders hohen Preis forderte. „Bei einer kleinen Anzahlung erhalten Sie die Mäntel portofrei und auf Kredit zugesandt.“ Man schenkte ihm viel Geld und gab ihm eine bezw. zwei Mark als Anzahlung. Ueber den Empfang stellte er eine Quittung von einer angeblichen Firma in Thüringen aus. Da keine Mäntel kam, schrieb man an die Firma. Diese Karten oder kamen als „unbestellbar“ zurück. Jetzt er-merkte man, daß man hineingefallen war. — Da der Mann auch an anderen Orten diese Manöver versuchte wird, sei man auf der Hut.

Bremerhaven, 8. Mai.

Konsumvereine Unterwerfer. In der am 30. April in Bremerhaven bei Schröder, Wäldhof zur Eide, Vangelstraße, stattgefundenen Sitzung des Konsumvereins des Konsum- und Sparvereins „Unterwerfer“ konnte der Geschäftsführer, Herr J. Brinmann, wiederum über eine erfreuliche Vormärts-entwicklung der Konsumvereine in dem verflochtenen Viertel-jahr Januar, Februar, März berichten. Der Gesamtumsatz betrug in diesen Monaten 654.257,57 Mk., das ist ein Mehr gegenüber 543.976,13 Mk. im Vorjahre von 110.281,44 Mk. In der Bilanz sind hergestellt worden für 171.237,10 Mk. gegenüber 129.763,80 Mk. im Vorjahre,

das ist ein Mehr von 41.563,30 Mk. Das Ergebnis ist rechtig zu der Hoffnung, daß wir die uns durch die wirt-schaftliche Krise der letzten Jahre verursachte Scharte wieder auswaschen können. Anstelle des aus dem Vorjahre im Konsumvereinsrats ausgeschiedenen Enkelmann Paul Schübe wurde der Genosse Schwegler und anstelle des durch Zu-zug nach Holst ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Herr Heinrich Röhrer wurde der bisherige Vorsitzende des Kon-sumvereins, Herr Hermann Giese gewählt. Derselbe tritt sein Amt am 1. Juli an.

Aus den Vereinen.

Nähringen, 8. Mai.

Die Freie Turnerschaft Nähringen hielt am Sonnabend im gutbesetzten Saale im Colosseum ab. Sechs Turnvereine wurden in den Verein aufgenommen. Ferner wurde der Wäld-ausflug nach dem Teutoburger Wald besprochen und der Vor-berichtet. Die Fahrt geht über Oldenburg nach Osnabrück und von dort zu Fuß weiter. — Die Uebernahme von der Osnabrück-Unterhaltung wies einen guten Ueberblick auf. — Zur Gruppen-Vorversammlung nach Jever wurden sieben Turnvereine ein-geleitet. Beschlossen wurde, am Pfingstfesttage einen Ausflug nach Sonderbusch zu unternehmen. Hierfür wurde ein Betrag aus-gesetzt.

Gerichtliches.

Dramatisches Szenen vor Gericht. Zu dramatischen Szenen kam es in einem Meineidsprozeß, der gegen den Geschäftsführer Wäld von dem Richter Schwager ver-handelt wurde. Wäld wurde beschuldigt, in einem Pro-gramm gegen den durch Selbstmord getöteten Kaufmann Mann Ball geschworen zu haben, daß nicht dieser, sondern ein Frau Fräulein sich nach Hamburg geschickt habe, um den verstorbenen Zeugen zu bezeugen. Außerdem sollte er sich beschworen haben, die Frau Fräulein in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Heinrich Ballin in der Rägellen Röhren-gasse zu haben. In der Verhandlung erklärte Herr Wäld Ballin und Frau Fräulein unter Eid, daß sie nie zusam-men in einer Röhren-gasse gewesen seien. Rechtsanwalt Wäld, der Verteidiger der als Nebenkläger zugelassenen Frau Fräulein, bat darauf den Vorsitzenden, dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, nimmere die reine Wahrheit zu sagen, damit Frau Wäld, die Inhaberin der Röhren-gasse, noch zu rechter Zeit vor einem Meinelb demotrikt. Wäld erklärte Frau Fräulein richtig, daß sie alles zu Unrecht aus-gesagt habe, weil der verstorbenen Martin Ball sie mit Wäld darum gebeten habe. Zugleich sprach Frau Wäld ohnmächtig zusammen. Im Zuhörerraum entstand eine große Erregung, als Frau Wäld mitteilte, daß er ein Geschändnis obliegen wolle. Er erklärte, ein Opfer des Martin Ball geworden zu sein und gestand, daß er alles falsch beschworen und die Zeugin Fräulein zu Unrecht bezeugt habe. Er bat sie deshalb um Entschuldigung. Wäld bat nach diesem Geständnis laut schluchzend mit dem Wäld zusammen: „Meine armen Kinder!“ Die im Zuhörerraum anwesende Frau des Angeklagten begann in diesem Augen-blick laut zu weinen, so daß ihr der Vorsitzende schließlich gestattete, mit ihrem Mann zu sprechen. Wäld und Frau hielten sich umschlungen. Wäld rief die Worte aus: „Frau, nun bin ich wieder rein!“ Die Nebenklägerin Frau Fräulein nahm darauf die Beleidigungslage zurück, da sie durch das Geständnis des Angeklagten rehabilitiert wurde. Das Gericht erkannte gegen Wäld wegen Meineids auf 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen.

Aus aller Welt.

Die Frau auf der Ranzel. Die Synode der Bas-schweizerischen Kantons Graubünden hat jedoch be-schlossen, gegen die Zulassung von Frauen zum Pfarramt im grundsätzlichen Einverständnis zu erheben. Es wurde in Gemeinden völlig freigestellt, ob sie weibliche Pfarrer zu stellen wollen oder nicht.

„Berechtigt überführt“ eines jüngerlichen Diebs. Vor dem Kriegsgericht in Halle hatte sich kürzlich der Herr Walter v. Chdring, Fahnenjunker beim Altenburger Infanterie-regiment, zu verantworten. Schon vor Verlesung der An-klage schrie der Angeklagte: „Ich bin ein Dieb!“ und schrie, daß er die Röhren-gasse, das berechnete Geschäft des Angeklagten und seiner Familie angreifen. — Bei der Urteilsverkündung stellte es sich heraus, daß sich der edle Ritter des schwe-riest Diebstahls schuldig gemacht hat; im Februar und März dieses Jahres entwendete er im Altenburger Offiziersklub aus einem Schranke mit Hilfe eines falschen Schlüssels noch und noch etwa 50 Zigaretten und Zigaretten. Drei medien-löse Sachverständige erklärten den Angeklagten für erlich lo-lastet und bekräftigten ihm auch, daß er ein minderwertiger Charakter sei; sie verlegten ihm allerdings das Recht, daß er den Diebstahl im Zustande krankhafter Erregung der Geisteskrankheit ausgeführt habe. Das Urteil lautet auf ein Monat und eine Woche Gefängnis. Selbstverleumdung wurde auch auf Degradation erkannt.

Eine Dame als Bräutigamsmutter. An der Charlotten-burger Technischen Hochschule studiert gegenwärtig eine junge Dame, Fräulein Siebel, das Ingenieurfach. Sie hat bei Lehreinnen-Examen und das Abiturium hinter sich und will sich nun dem besonderen Fach des Bräutigams zuwenden.

Versammlungs-Kalender.

Nähringen, 8. Mai.

Freitag, den 8. Mai.
Nachbarnverband. Abends 8 1/2 Uhr bei Abraham's, Wirtschaft-Verband der Bauhütten. Abends 8 Uhr bei Kohnen.

Oldenburg.

Dienstag, 9. Mai: vormittags 9.47, nachmittags 11.50

Bekanntmachung.**Prakt. u. Fährtenabfuhr.**

Um fernständigen Auffassungen entgegenzutreten, teilen wir mit, daß die Abfuhrzeit und der Zahlungs-ort für den Heppener Teil bleibt, wie bisher.

Rüstringen, den 6. Mai 1911.

Der Stadtmagistrat.

Bekanntmachung.**Hundeverkauf**

findet am Dienstag den 9. d. M., mittags 12 1/2 Uhr auf dem Hofe des Rathhauses 1, Wilhelmshavener Straße, statt.

Rüstringen, den 3. Mai 1911.

Stadtmagistrat.

Verkauf.

Händler G. Janßen zu Rüstringen läßt am

Donnerstag den 11. d. M.,

nachm. 2 Uhr an,

in und bei Joh. Folkers Gastwirtschaft zu Rüstringen, Berl. Bismarckstr.



40 bis 50 Stück
große und kleine

Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Rüstringen, den 5. Mai 1911.

H. Gerdes,

Auktionator.

Ein neues Haus

mit bepflanzttem Garten für 5000 Mark bei geringer Anzahlung zu verkaufen.

Joh. Cordes, Langendam bei Barel.

Bauplätze

500 Meter vom Bahnhof Dangastermoor und am Buh, billig abzugeben durch den Besitzer

Joh. Cordes, Langendam bei Barel.

Tischler-Lehrling

per sofort gesucht.
Adolf Stoffers, Rüstringen Friederikenstr. 41.

Gesucht

zum 1. Juni d. J. ein
Mädchen u.
Wäfflers, Rüstring, Genossenschaftsstr. 7

10 tüchtige Maurer

ge sucht.
Ludw. Lange, Deichstr. 12

Gesucht auf sofort
ein Kindermädchen.

Frau Hinrichs,
Bismarckstr. 26, Altagersstraße

Maurer

u. Innenputzer
ge sucht.
Schortau & Co.
Schloßstraße 5.

Lehrling gesucht.

J. Mäker, Malermeister,
Rüstringen, Peterstr. 11.

Trauer-

Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Woll, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.

Änderungen innerhalb 4-5 Std. Tadellos Sitz garantiert.

Bartsch & von der Brelie.

**"Kopf hoch"**

und aufgepasst! Die Parole für heute und
immer lautet nach wie vor:

**Rheinperle
und
Solo**

Margarine sowie die beliebte

**Pflanzenbutter-Margarine
Cocosa**

Die beliebtesten Butter-Ersatzmittel in millionen-
facher Verbreitung. — Überall erhältlich!

Allein. Fabrikanten: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Priesen G.m.b.H. Gsch.



statt
Butter
das beste!

Vertr.: Gebr. Gehrels, Wilhelmshaven.
Inhaber: Th. Wehmann.

Banter Konsum- und Sparverein

e. G. m. b. H., Bant.
Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den Per-
kaufsstellen umzutauschen. Der Vorstand.

Möbel

reell und billig
Wilhelm Bremer

Möbelfabrik, Bant, Peterstr. 33.

Halte mein grosses Lager zumteil selbstangefertigter
Möbel bestens empfohlen.

Für Brautleute

vorteilhafteste Bezugsquelle.

Zentral-Herberge Nordenham.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich hier am Platze
eine der Neuzeit entsprechend eingerichtete und mit
allem Komfort versehene

Herberge mit 100 Betten.

Preiswerte Logis.

Gleichzeitig empfehle den geehrten Einwohnern
von Nordenham und Umgegend meine aufs beste ein-
gerichteten Restaurationsräume zur gefl. Benutzung.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den Anfor-
derungen meiner werten Gäste gerecht zu werden.

Hochachtungsvoll

Joh. Hoffhenke.

20 Erdarbeiter

ge sucht. Ludw. Lange,
Deichstr. 12.

Gesucht

ein tüchtiges Mädchen gegen
hohen Lohn!

Neues Hotel, Marienfel.

Zwei Arbeitsjungen

auf sofort gesucht.

Ludwig Lange, Deichstrasse 12

Junges Mädchen

für die Nachmittagsstunden gesucht.
Wilhelmshavener Straße 47, part.

Ein Mädchen f. d. Vormittag

ge sucht. Frau Deise,
Wilhelmshavener Str. 72.

Jug. Arbeiter

gel. Rüstringen,
Röh 1, part. I.

Tüchtige Plätterinnen

ge sucht.
Dampfwerkstatt „Frisia“,
Bordumstraße 4.

Fl. freundl. Mädchen

oder Junge für ein Milchgeschäft
sodort oder später gesucht,
Börsenstr. 68 u. r.

Eine Witwe von auswärts

sucht Beschäftigung im Waschen und
Reinmachen. Bollmannstr. 12,
(sonst Distriktstr.)

Herren- und Damenfahrrad

billig zu verkaufen.
Friederikenstr. 35 u. r.

Herren-Fahrrad

m. Freilauf u. Räder-Br. für 35 Mk.
zu verl. Peterstr. 44, p. r.

Gelegenheitsverkauf.

Herren-Fahrrad für 26 Mk. sofort
zu verkaufen.
Kleier Straße 60, 4. Etage.

Zu verkaufen

im Auftrage einen noch sehr gut
erhaltenen Kochofen.
Adolf Peters, Heidmühle.

Selten schöne

6 und 8 Wochen alte
Ferkel

hat zu verkaufen
Gieshauer, Langewerth-Schaar.

Für Hausbesitzer

empfehlen wir uns in sämtlichen
Neu- und Umbauten, sowie Kanali-
sationsarbeiten.

J. Raveling & Co.

Wohn- oder Geschäftshaus

ge sucht u. Beteilig. Wollte an G. &
postlagend Jever erbein.

Sofa zu verkaufen

Ecke Westf. und Vellingh.
Eingang Vellingh. 64, 21.

Zu verkaufen

ein Haus in dem ein kleines Ab-
nialwarengeschäft betrieben wird, ad-
passend für jedes andere Geschäft.
Ein Haus, passend für Milchgeschäft
oder Drochsenfuhrwerk, sowie ge-
gehende Wirtschaft.

Gerh. Eden,
Rüstringen, Börsenstr. 35.

Hohen Nebenverdienst

für jeden durch Sammeln von Ab-
trägen leicht ohne Unkosten. An-
kunft kostenlos. Anfragen unter
Chiff. N. P. 10 an d. Exp. d. Z.

Habe einen größeren Post

Starloffel (rote hier)

für 3.00 Mk. pr. Stk. abzugeben.

Diedrich Harms

Ed. Schiller u. Wieringstr.

**Heute billige Preise**

Schellfisch 13, 16, 18, 22, 24, 28
Kablau, 2-4-pfundig 118
Schollen 18, 22, 24, 28
feinste abgez. Fischlaronade 20
Verkauft u. Dienstag morgen 9 Uhr
S. Feldhausen, Rüstringen
Nordsee-Fischhalle, Börsenstr. 1.

Achtung!

Heute abend und Dienstag früh:

Verkauf lebend. Tadelum

am Kanal in d. Nähe d. Schlachthofes

Webr. Barwick, Hagen.

Ankauf

von allem Eisen, Kupfer, Messing,
Zinn, Zinn, Stahloil, Blei, Eisen,
Kumpen, Gummiabfällen und Eisen-
pagnierabfällen. Zahle dafür hier
die höchsten Preise. Auf Wunsch
hole es aus dem Hause ab.

S. Reisner,

Heppene, Teendich 4.
Telephon 672.

Volksküche in Rüstringen

Reinhardtstraße.

Dienstag: Schmittbogen u. Schmitt.

Rechnungen

(1/2, 1/4, 1/8 Bogen)

— empfehlen —

Paul Hug & Co.